

Fachgruppe Vermessung informiert

Gespräch mit Staatssekretärin Heike Raab zur Neuorganisation der VermKV



Am 03. November 2011 führten Angelika Macke, Karl-Heinz Boll, Gertrud Bayerschen, Günther Gödderz und Wolfgang Müller ein Gespräch mit Frau Staatssekretärin Heike Raab sowie Herrn Referatsgruppenleiter Hans-Gerd Stoffel und Herrn Hubert Rossbach.

Zum Anfang des Gespräches kündigt Frau Staatssekretärin Heike Raab ihre Besuche bei den temporären Standorten an, um die Probleme der Mitarbeiter(innen) aufzunehmen und Konzepte zur Abfederung sozialer Härten wie z.B. eine Vorruhestandsregelung vorzustellen. **Der BTB macht deutlich, dass diese Konzepte im Vorfeld mit den Personalvertretungen zu erörtern sind!** Darauf hin soll jetzt ein Termin zur Information der Personalräte gesucht werden.

Die BTB Fachgruppe Vermessung wehrt sich gegen Aussagen der Politik wie „die Personalvertretungen, Gewerkschaften und Berufsverbände waren eingebunden; es besteht Einverständnis mit der Reform...“ und verdeutlicht die derzeitige Stimmung insbesondere bei den temporären Standorten.

Am 13. September wurden die Standorte bekannt gegeben, alles weitere bleibt bis heute im Unklaren. Die Mitarbeiter(innen) der temporären Standorte werden mit Spekulationen und Ängsten allein gelassen. Unsere Kolleginnen und Kollegen haben das Gefühl, es geht hier nur ums Geld sparen auf ihre Kosten und nicht um eine Reform mit positiven Entwicklungen. Wir werden als fortschrittliche Verwaltung gelobt, gleichzeitig wurde mehrfach der Begriff „Abbauverwaltung“ verwendet, so dass der Eindruck entsteht, wir werden künftig nicht mehr gebraucht und die Politik ist froh über jeden der geht. Junge Kolleginnen und Kollegen überlegen, die VermKV zu verlassen und etwas anderes zu machen. Frau Staatssekretärin Raab geht auf diese Punkte nicht weiter ein. Auf die Aussage des BTB „das Land muss sparen und unsere Kolleginnen und Kollegen der temporären Standorte müssen dafür aus ihrer Tasche bezahlen“, reagiert sie mit Verärgerung. Die Berechnung von Mehrkosten für Fahrten zum neuen Dienort hält sie für überzogen, da über das Internet Fahrgemeinschaften auch mit Arbeitnehmern aus anderen Bereichen gebildet werden können. Unseren Einwand diese Fahrgemeinschaften zu Standorten wie z.B. Bernkastel seien unrealistisch, lässt sie nicht gelten! Für besondere Härtefälle sollen alle Möglichkeiten ausgereizt werden, um Einzelfalllösungen zu finden, wie z.B. Wechsel zu anderen Behörden (ADD, Polizeiverwaltung, Kommunalverwaltung, DLR...) oder Telearbeit, Heimarbeit.

Zeitlicher Ablauf und Führungskräfte

Der BTB kritisiert das von Seiten der Dienststelle vorgelegte Tempo zur Umsetzung der Reform. Die Arbeitsgruppe „Innere Organisation“, die zu unserer Verärgerung ihre Arbeit ohne Beteiligung der BPR-Mitglieder begonnen hat, sollte ausreichend Zeit zur Erarbeitung eines tragfähigen Konzeptes erhalten. Wir haben zurzeit funktionierende Ämter und sehen keinen Grund zur Eile!

Frau Raab weist auf die vom Rechnungshof geforderten Personaleinsparungen hin. Sie hält es für wichtig, die neuen Ämter so schnell wie möglich zu bilden und die Führungspositionen zu besetzen. **Sie sollen gemeinsam mit den örtlichen Personalvertretungen der Motor für die Umsetzung der**

Reform sein! Herr Stoffel ergänzt: „Die Arbeitsgruppe soll jetzt lediglich „die oberste Schicht“ des Organisationsplanes erarbeiten. Alles weitere können die Behördenleiter und ÖPRs vor Ort selbst organisieren.“ Nach 2 Jahren soll überprüft werden, ob Änderungen erforderlich sind.

Der BTB hält diese Umsetzung nur mit guten sozialkompetenten Führungskräften für realistisch und fordert daher vor Ausschreibung der Positionen eine kritische Diskussion über die Erwartungen an die Führungskräfte. Es muss vermieden werden, dass Führungspositionen wieder an Personen vergeben werden, die bereits bewiesen haben, dass sie nicht mit Personal umgehen können! Auch sollte nur zum Zuge kommen, wer die Reform noch begleiten kann.

Das Problem ist von allen Seiten erkannt. Für Führungskräfte wird eine Restdienstzeit von 3 Jahren gefordert werden. Die Ausschreibungskriterien und Erwartungen sollen in der Arbeitsgruppe erarbeitet werden. Der BTB hält die Arbeitsgruppe nicht für das richtige Forum!

Vorruhestand und Altersteilzeit

Beamten, die das 55. Lebensjahr vollendet haben wird die nach § 31 Beamtenstatusgesetz (BStG) mögliche Versetzung in den (einstweiligen) Ruhestand angeboten. Über diese gesetzliche Bestimmung hinausgehende Möglichkeiten wird es nicht geben. Das heißt: zum Stichtag „Umsetzung der Reform“ müssen die Voraussetzungen erfüllt sein und innerhalb von 3 Monaten einen Antrag gestellt werden. Eine vom BTB geforderte zeitlich flexible Lösung wird nicht ermöglicht. Auch der Forderung nach Einbeziehung der Tarifbeschäftigten wird nicht nachgekommen. Die Altersteilzeitregelung wird nur zu den derzeitigen Konditionen fortgeführt. Falls bis zum 01.01.2012 noch keine gesetzliche Regelung da ist, sollen Anträge über Vorgriffsregelungen entschieden werden.

Näheres zu den gesetzlichen Bestimmungen des § 31 BStG sowie der geplante Ablauf können einem gesonderten Info entnommen werden. Die Dienststelle will hierzu in Kürze ein zwischen dem Innen- und Finanzministerium abgestimmtes Merkblatt herausgeben.

Telearbeit und flexiblere Arbeitszeitmodelle

Der BTB fordert ein schlüssiges, tragfähiges Konzept zur Vergabe von Telearbeit. Telearbeit ist kein Allheilmittel, es sollte nicht zum „Leerfegen“ von Dienststellen missbraucht werden, sondern zum Abfedern sozialer Härten bei der Schließung von Dienststellen.

Frau Staatssekretärin Raab erklärt, dass Telearbeit bei der Auflösung von Standorten angeboten wird und Regelungen dazu in der mit dem Bezirkspersonalrat abzuschließenden Dienstvereinbarung getroffen werden. Bei nicht ausreichendem DSL-Netz soll auch die Möglichkeit von Heimarbeit geprüft werden. Sie will offen für alle neuen Techniken sein.

Mehr Flexibilität für die Familien kann nach Auffassung des BTB auch mit flexibleren Arbeitszeitmodellen erreicht werden.

Fazit

Der BTB ist mit dem Verhalten der Politik nach wie vor äußerst unzufrieden. Es wird ein enormer Zeitdruck aufgebaut, obwohl noch vieles im Unklaren ist. Personalvertretungen werden zu spät oder gar nicht eingebunden. Die Belastungen unserer Kolleginnen und Kollegen durch die Reform werden mit den üblichen Argumenten (Vergleich mit der freien Wirtschaft) heruntergespielt.